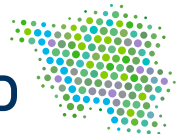


Handlungs- empfehlungen

für mehr Bürgerbeteiligung im Strukturwandel



2026



Inhalt

1.	Grußwort der Ministerpräsidentin Anke Rehlinger	4
2.	Der Bürgerdialog 2025/2026: Ein Überblick	6
3.	Wissenschaftliche Begleitung und Durchführung:	7
4.	Handlungsempfehlungen der Bürgerinnen und Bürger	8
	Vorwort	8
1.	Wirtschaftliche Entwicklung	9
2.	Fachkräfte	11
3.	Nachwuchsförderung	13
4.	Voraussetzungen für eine erfolgreiche Energiewende	14
5.	Mobilität neu denken	16
6.	Orte beleben und Wohnraum schaffen	18
7.	Gesundheitsversorgung	19
8.	Bürgerbeteiligung stärken	21
9.	Gestaltung von Bürgerbeteiligung	24
10.	Umgang mit den Ergebnissen von Bürgerbeteiligungen	26
5.	Impressum	28

Liebe Saarländerinnen und Saarländer,

welche Themen des Strukturwandels bewegen Sie? Wie kann ein offener, wertschätzender und zielführender Dialog darüber geführt werden? Und welche Ideen haben Sie für die Gestaltung einer guten Zukunft im Saarland?

Diesen Fragen haben sich rund 900 zufällig ausgewählte Saarländerinnen und Saarländer in insgesamt 19 Bürgerdialogveranstaltungen auf Einladung der Staatskanzlei und durchgeführt vom nexus-Institut von Herbst 2025 bis Frühsommer 2026 mit großem Engagement gewidmet.

Die vorliegende Broschüre dokumentiert die Handlungsempfehlungen, die dabei gemeinsam entwickelt wurden und die Sie nun der Politik mit auf den Weg geben. Aus den Beiträgen, Diskussionen und unterschiedlichen Perspektiven sind Impulse für zehn Themenbereiche entstanden. Sie bündeln die wesentlichen Anliegen, Erwartungen und Vorschläge der Teilnehmenden.

Die Themenauswahl der Bürgerinnen und Bürger belegt dabei: Es geht in einer Zeit großer Veränderungen insbesondere um den wirtschaftlichen Strukturwandel. Aber darüber hinaus wünschen sich die Bürgerinnen und Bürger einen 360-Grad-Blick auf alle Bereiche, die ihr Leben in unserem Bundesland prägen.

Eine starke Demokratie lebt vom gegenseitigen Zuhören. Deshalb schaffen Bürgerdialoge Verständnis für unterschiedliche Sichtweisen, gestalten den Zusammenhalt und eröffnen neue Wege für eine konstruktive Zusammenarbeit zwischen Bürgerschaft, Politik und Verwaltung. Und sie stehen in Zeiten, die mehr und mehr von Lautstärke und fremdbestimmten Algorithmen beherrscht werden, für den guten, respektvollen Austausch unterschiedlicher Menschen und Meinungen auf Augenhöhe. Zwischen Saarländerinnen und Saarländern. Und mit Politik und Verwaltung.



Ich bin dankbar, gemeinsam mit den Spitzen unserer Landkreise und des Regionalverbandes an den meisten dieser Veranstaltungen teilgenommen zu haben. Ich konnte die außerordentlich hohe Bereitschaft der Bürgerinnen und Bürger miterleben, sich für unser Bundesland zu engagieren. Deshalb stärken die Impulse der Bürgerinnen und Bürger meine begründete Zuversicht, dass wir gemeinsam die Zukunft unseres Bundeslandes erfolgreich gestalten.

Allen, die sich mit ihrer Zeit, ihren Ideen und ihrem Engagement eingebracht haben, danke ich sehr herzlich.

Anke Rehlinger
Ministerpräsidentin des Saarlandes

Der Bürgerdialog 2025/2026: Ein Überblick

Im Jahr 2024 hat die Staatskanzlei des Saarlandes damit begonnen, regelmäßig zu Bürgerdialogen auf Kreisebene einzuladen.

Nach Ende einer Pilotphase wurde für 2025/2026 eine strukturierte Bürgerdialog-Reihe zum Strukturwandel konzipiert, die im Auftrag der Staatskanzlei von nexus - Institut für Kooperationsmanagement und interdisziplinäre Forschung geleitet, durchgeführt und moderiert wurde.

Die vorliegende Broschüre dokumentiert die Ergebnisse dieser Bürgerdialog-Reihe 2025/2026.

Insgesamt fanden 19 Dialogveranstaltungen, darunter sechs digitale Veranstaltungen und 13 Bürgerdialoge in Präsenz, in allen fünf saarländischen Landkreisen (Merzig-Wadern, Sankt Wendel, Neunkirchen, Saarlouis, Saarpfalz-Kreis) und im Regionalverband Saarbrücken statt.

Gestartet wurde mit je einer Online-Veranstaltung pro Landkreis. Die Premiere war am 6. November 2025 mit Bürgerinnen und Bürgern des Landkreises Merzig-Wadern. Die zweite und dritte Runde durch alle Landkreise und den Regionalverband fand in Präsenz statt und endete am 23. Juni 2026 in Lebach im Landkreis Saarlouis.

Die Ministerpräsidentin (bzw. vertretungsweise der Strukturwandelbeauftragte) eröffnete alle Veranstaltungen mit einem Impuls zum Strukturwandel. Die Landräte, die Landrätin und die Regionalverbandsdirektorin (bzw. vertretungsweise Beigeordnete) ergänzten in den digitalen und in den jeweils ersten Präsenzveranstaltungen mit einer Übersicht zu den Herausforderungen vor Ort. Anschließend diskutierten die Bürgerinnen und Bürger untereinander ihre wichtigsten Anliegen an die Kreis- und Landespolitik.

Insgesamt nahmen 852 Saarländerinnen und Saarländer teil, die nach dem Prinzip einer quotierten Zufallsauswahl von allen 52 Kommunen ermittelt wurden. Diese Zufallsstichprobe, die die Zusammensetzung der Teilnehmenden für die Merkmale Geschlecht,

Alter, Schulbildung und Wohnort bestmöglich sichergestellt hat, erfüllte damit die Vorgabe, dass bei den Bürgerdialogen ein Querschnitt der Bevölkerung miteinander diskutiert. Alle ausgewählten Bürgerinnen und Bürger wurden eingeladen, an einer der Konferenzen in ihrem Kreis teilzunehmen.

Gemeinsam haben die dann an den Veranstaltungen teilnehmenden Bürgerinnen und Bürger die in dieser Broschüre dokumentierten Handlungsempfehlungen in Diskussionen und Gesprächsrunden erarbeitet, bewertet und schließlich in zwei zusätzlichen Redaktionssitzungen (am 9. Juli und am 10. August 2026) mit einem kleinen Team von Freiwilligen, die in den Dialogveranstaltungen benannt wurden, finalisiert.

Teilnehmende der Redaktionssitzungen: Paul Michael Denis, Tobias Huwig, Marina Löwenbrück, Susanne Morsch, Sarah Müller-Bamberg, Monika Schmitt, Dr. Tina Sommer, Tatjana Wall.

Die Bürgerinnen und Bürger überreichen die Handlungsempfehlungen am Samstag, 26. September 2026 im Rahmen einer Abschlusskonferenz im Dillinger Lokscheunen unter der Teilnahme von Gästen aus Politik und öffentlichem Leben des Saarlandes an Ministerpräsidentin Anke Rehlinger.

Wissenschaftliche Begleitung und Durchführung:

nexus - Institut für Kooperationsmanagement und interdisziplinäre
Forschung GmbH
EUREF-Campus 15a
10829 Berlin
E-Mail: buergerdialog-saarland@nexusinstitut.de
www.nexusinstitut.de



Handlungsempfehlungen der Bürgerinnen und Bürger

Vorwort

Bürgerbeteiligung als wirksamer Bestandteil einer lebendigen Demokratie

Wenn Bürgerbeteiligung wirksam, dauerhaft, wertschätzend und transparent gestaltet ist, stärkt sie das Vertrauen in die Politik. Sie fördert Motivation und langfristiges Engagement, trägt zum Verständnis politischer Prozesse bei, verbessert demokratische Entscheidungen und stärkt den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Die saarländischen Bürgerinnen und Bürger suchen den Austausch mit der Politik und politische Mitbestimmung durch Bürgerbeteiligung. Die Teilnehmenden der Bürgerdialoge zum Strukturwandel 2025/26 empfehlen, dass die Dialogreihe fortgesetzt und bestehende Beteiligungsformate bekannter gemacht und ausgeweitet werden.

Bürgerbeteiligung ist dabei auf eine Weise zu gestalten, dass sich die Bürgerinnen und Bürger als wirksamer Teil demokratischer Prozesse erleben. Dafür braucht es barrierefrei zugängliche, inklusive und lebensnahe, dialogorientierte Formate, die einen Austausch auf Augenhöhe und ein effizientes Zusammenspiel zwischen Bürgerschaft, Politik und Verwaltung ermöglichen.

Die Ergebnisse von Bürgerbeteiligung sollen sichtbar bei der politischen Entscheidungsfindung einbezogen werden. Die Beiträge der Bürgerinnen und Bürger sollen verbindlich und nachvollziehbar geprüft und – wo möglich – umgesetzt werden.

Um den Herausforderungen des Strukturwandels im Saarland zu begegnen, haben rund 900 Teilnehmende des Bürgerdialogs zum Strukturwandel die folgenden Empfehlungen erarbeitet:

1 Wirtschaftliche Entwicklung

1.1 Handwerksbetriebe als attraktiven Arbeitgeber stärken

Die Bürgerinnen und Bürger empfehlen, das Handwerk durch einen Mix aus verbesserten Rahmenbedingungen und gezielter Förderung attraktiver zu machen.

Dazu gehören:

- die Schaffung besserer Arbeitsbedingungen (zum Beispiel höhere Vergütung, verlässlichere Arbeitszeiten, weniger Zeitverträge), etwa durch Neuaushandlungen zwischen den Tarifparteien und stärkere Regulierung oder Schaffung entsprechender Anreize von staatlicher Seite,
- leichtere Umschulungen sowie weniger bürokratischer Aufwand für kleinere und mittelständische Betriebe,
- stärkere Unterstützung von Handwerksbetrieben sowie bessere Bekanntmachung bestehender Förderprogramme in kleinen und mittelständischen Unternehmen.

Dies kann dazu beitragen, das Image des Handwerks zu verbessern und mehr Menschen für entsprechende Berufe zu gewinnen.

1.2 Industriepolitik auf zukunftsfähige Branchen ausrichten

Die Bürgerinnen und Bürger empfehlen, die Industriepolitik stärker auf innovative, nachhaltige und zukunftsweisende Branchen auszurichten, um bestehende und drohende Arbeitsplatzverluste abzufedern.

Während klassische Industrien wie die Automobilbranche weiter gefördert werden sollen, regen die Bürgerinnen und Bürger auch die stärkere Förderung neuer und vielfältiger Wirtschaftszweige an, etwa in den Bereichen grüner Stahl, Wasserstoff und Chipindustrie sowie für kleinere Unternehmen und Start-ups.

Dafür braucht es jedoch stabile Rahmenbedingungen wie zum Beispiel weniger Bürokratie und eine leistungsfähige Infrastruktur.

1.3 Digitalisierung als Voraussetzung für Strukturwandel stärken

Die Bürgerinnen und Bürger empfehlen, die Digitalisierung deutlich zu beschleunigen. Ein flächendeckender Glasfaserausbau für Unternehmen, Verwaltung und Homeoffice ist dafür zentral.

Digitalisierung schafft zudem die Grundlage für neue Branchen und trägt dazu bei, Arbeitsplätze zu sichern und zu schaffen. Dabei ist auf eine digitale Kompetenz für alle (zum Beispiel beim Einsatz von Künstlicher Intelligenz) sowie eine digitale Souveränität (zum Beispiel durch Open-Source-Lösungen) zu achten.

Öffentliche Stellen (zum Beispiel Bürgerämter) müssen mehr digitale Dienstleistungen anbieten.

1.4 Tourismusbranche gezielt weiterentwickeln

Die Bürgerinnen und Bürger empfehlen, touristische Angebote weiterzuentwickeln. Über ein abgestimmtes Landeskonzzept, mehr Attraktivität und bessere Vermarktung sollen Tourismusunternehmen, inklusive der Gastronomie, gefördert, lokale Potenziale gezielt genutzt und negative Effekte für Einheimische vermieden werden. Dabei soll eng mit den Menschen und bestehenden Angeboten vor Ort – Gastronomen, Hoteliers, Bürgerinnen und Bürgern – zusammengearbeitet werden.



2 Fachkräfte

2.1 Fachkräfte langfristig binden

Die Bürgerinnen und Bürger empfehlen, die Rahmenbedingungen im Saarland so zu gestalten, dass Fachkräfte langfristig bleiben. Dazu gehören unter anderem ausreichende und bezahlbare Kita-Plätze oder verfügbare Grundstücke. Zudem sollen die Arbeitsplätze selbst attraktiver werden: durch eine faire Bezahlung, familienfreundliche Rahmenbedingungen, gute Verkehrsanbindungen, gesundheitsfördernde Maßnahmen sowie eine Reform der Lohnbesteuerung und Sozialabgaben.

Zudem sollten Führungskräfte sich und ihren Führungsstil durch Schulungen weiterentwickeln, um zeitgemäß leiten zu können.

Die Bürgerinnen und Bürger fordern die Entwicklung einer Strategie, um den Verbleib von gut ausgebildeten, insbesondere jungen Fachkräften im Saarland besonders zu bestärken.

2.2 Fachkräftegewinnung in Pflege, Medizin und Kinderbetreuung priorisieren

Die Bürgerinnen und Bürger weisen auf den gravierenden Fachkräftemangel in Pflege, Medizin und Kinderbetreuung hin. Dieser führt unter anderem zu eingeschränkten Betreuungsangeboten in Kitas, was insbesondere für Eltern, vor allem für Frauen und Alleinerziehende, Einschränkungen zur Folge hat, sowie zu langen Wartezeiten und Versorgungslücken.

Um dem entgegenzuwirken, werden folgende Maßnahmen empfohlen:

- Umschulungen leichter ermöglichen und Ausbildung in Pflege und Kinderbetreuung stärken,
- Notfalloptionen und Aufrechterhaltung der Kinderbetreuung auch bei Kitaschließungen,
- Fachkräfte aus dem Ausland gezielt anwerben.

2.3 Fachkräfte gewinnen und Integration erleichtern

Die Bürgerinnen und Bürger empfehlen, die Attraktivität des Saarlandes für Fachkräfte zu stärken und Fachkräfte aus dem In- und Ausland gezielt anzuwerben und auszubilden.

Wichtig sind eine gute und proaktive Begleitung bei der Integration, etwa durch Sprachkurse und Unterstützung bei der Wohnungssuche, eine schnellere Anerkennung von ausländischen Bildungsabschlüssen und Ausbildungen sowie der Abbau bürokratischer Hürden.



3 Nachwuchsförderung

3.1 Bildungssystem modernisieren

Die Bürgerinnen und Bürger betonen die Bedeutung einer guten Schulbildung als Grundlage für die Entwicklung von Fachkräften in allen Bereichen.

Sie empfehlen die:

- Sicherstellung grundlegender Werte- und Wissensvermittlung,
- Stärkung der Kompetenzen in den Bereichen Medien, Naturwissenschaften und Künstliche Intelligenz an Schulen,
- Verbesserung der Bildungsqualität von der frühkindlichen Bildung (Kitas) über alle Bildungswege hinweg, verbunden mit einem stärkeren und arbeitsmarktorientierten Praxisbezug,
- Gewährleistung von Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit, insbesondere durch Sprachförderung für die Integration von ausländischen Schülerinnen und Schülern.

3.2 Junge Menschen für Ausbildung begeistern

Die Bürgerinnen und Bürger empfehlen, die Gewinnung und Bindung von Nachwuchskräften ganzheitlich zu stärken.

Dazu gehören:

- ein gutes Berufsorientierungskonzept an Schulen sowie Unterstützung bei der Berufswahl an Fach- und Berufsschulen,
- die gezielte Ansprache junger Menschen für Ausbildungen in besonders nachgefragten Branchen (zum Beispiel IT, Künstliche Intelligenz, Technik und Handwerk),
- Förderung von Stärken und Interessen mit passenden Aus- und Weiterbildungsangeboten,
- die Sicherstellung einer attraktiven Vergütung während der Ausbildung.

4 Voraussetzungen für eine erfolgreiche Energiewende

4.1 Resilienz und Unabhängigkeit der Energieversorgung durch erneuerbare Energien

Die Bürgerinnen und Bürger empfehlen die Förderung erneuerbarer Energien (zum Beispiel Luft- und Wasserkraft sowie Erdwärme) mit dem Ziel einer unabhängigen und resilienten Energieversorgung.

Dabei wird Resilienz aus zwei Blickwinkeln betrachtet:

- Erneuerbare Energien verringern die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern und von anderen Staaten.
- Erneuerbare Energien müssen aber zugleich selbst verlässlich sein. Schwankungen sollen gegebenenfalls auch durch ergänzende Lösungen ausgeglichen werden, wie etwa durch die Förderung privater Heimspeicher.

Zudem werden dezentrale Lösungen für Energieproduktion und -speicherung sowie der Ausbau der Energieinfrastruktur empfohlen. Dabei soll die Nutzung landwirtschaftlicher Flächen geprüft werden. Die öffentliche Hand soll eine Vorbildfunktion einnehmen, etwa durch Photovoltaik auf öffentlichen Gebäuden.

4.2 Kurs in der Energiewende

Die Bürgerinnen und Bürger empfehlen verständliche Informationen zur Zielrichtung und Ausgestaltung der Energiewende sowie einen klaren politischen Kurs. Die derzeitige Unsicherheit verstärkt gesellschaftliche Spannungen.

Wichtig ist zukünftige Planungssicherheit, etwa durch verlässliche Informationen zur Unterstützung beim Austausch von Heizungen.

Die Politik soll daher verständlich und transparent informieren, insbesondere im Rahmen der kommunalen Wärmeplanung, um Orientierung zu geben und Entscheidungen zu erleichtern.

4.3 Mitwirken an der Energiewende erleichtern

Die Bürgerinnen und Bürger empfehlen, ihre politische und finanzielle Beteiligung an der Energiewende zu stärken, insbesondere durch Bürgerenergieprojekte (zum Beispiel Energiegenossenschaften).

Teilhabe soll sich lohnen und möglichst unbürokratisch gestaltet sein. Der Umstieg auf nachhaltige Energie soll weiterhin finanziell unterstützt werden, sowohl für Privathaushalte als auch für Unternehmen.

Gleichzeitig wird empfohlen, Subventionen für nicht-erneuerbare Energieträger konsequent abzubauen.



5 Mobilität neu denken

5.1 Öffentlichen Nahverkehr ausbauen

Die Bürgerinnen und Bürger empfehlen, den ÖPNV auszubauen, die Taktung – auch an Feiertagen – zu verbessern und für mehr Pünktlichkeit zu sorgen.

Zudem werden kostengünstigere Tarife sowie kostenlose Angebote (für bestimmte Personengruppen, etwa Schülerinnen und Schüler oder Rentnerinnen und Rentner), der Ausbau von Park- &-Ride-Angeboten sowie eine stärkere grenzüberschreitende und bundesländerübergreifende Vernetzung angeregt. Da es auf dem Land häufig keine Alternative zum Auto gibt, soll die öffentliche Mobilität dort unter anderem durch flexible Angebote wie Ruftaxis sowie eine bessere Anbindung an das Bus- und Bahnnetz verbessert werden.

Generell sollte gelten: Menschen mit Behinderung müssen am öffentlichen Verkehr barrierefrei teilhaben können.

5.2 E-Mobilität und Ladeinfrastruktur ausbauen

Die Bürgerinnen und Bürger empfehlen, die Elektromobilität gezielt zu stärken.

Dazu braucht es insbesondere eine deutlich bessere und flächendeckende Ladeinfrastruktur, die den Umstieg erleichtert. Damit das funktioniert, muss an einigen Stellen auch das Stromnetz erneuert oder ausgebaut werden.

5.3 Radverkehr stärken

Die Bürgerinnen und Bürger empfehlen, die Radwegeinfrastruktur konsequent auszubauen, um ein durchgängiges und gut geplantes Radwegenetz zu schaffen.

Mängel in der Umsetzung sollen leicht zu melden sein und schnell behoben werden. Planungs- und Genehmigungsprozesse müssen beschleunigt werden.

Zudem wird angeregt, sich an radfreundlichen Städten zu orientieren und passende Rahmenbedingungen wie Abstellmöglichkeiten und Jobrad-Angebote zu stärken. So kann auch der Autoverkehr in Städten reduziert werden. Ergänzend werden Tempo-30-Zonen empfohlen.

5.4 Verkehrsfluss in Städten verbessern

Die Bürgerinnen und Bürger empfehlen, den Verkehrsfluss in Städten zu verbessern, um Staus zu reduzieren. Dazu sollen Ampelphasen stärker aufeinander abgestimmt und Baustellen besser koordiniert und zügiger fertiggestellt werden.

5.5 Car-Sharing-Angebote und gemeinschaftliche Mobilität ausbauen

Die Bürgerinnen und Bürger empfehlen, Sharing-Angebote und gemeinschaftliche Mobilitätsformen zu stärken. Dazu gehören insbesondere Car-Sharing, Mitfahrdienste sowie digitale Anwendungen zur Bildung von Fahrgemeinschaften.

6 Orte beleben und Wohnraum schaffen

6.1 Bezahlbaren Wohnraum schaffen

Die Bürgerinnen und Bürger empfehlen, Maßnahmen zu entwickeln, um bezahlbaren Wohnraum zu schaffen und um Leerständen entgegenzuwirken. Bauen und Sanieren soll wieder kostengünstiger werden und Verfahren für Baugenehmigungen einfacher. Dabei soll zugleich die Versiegelung von Flächen möglichst begrenzt werden.

Die Bürgerinnen und Bürger empfehlen zudem generationenübergreifende und inklusive Wohnkonzepte. Sie sollen sich durch lokale Treffpunkte, kleine Läden, Angebote für Jugendliche und ältere Menschen sowie sichere, grüne und intelligent vernetzte Räume auszeichnen.

6.2 Innenstädte und Dörfer attraktiver machen

Die Bürgerinnen und Bürger empfehlen, Innenstädte und Dörfer gezielt zu revitalisieren und die Infrastruktur des täglichen Bedarfs zu stärken, da zunehmend Geschäfte wegfallen.

Zugleich sollen Sauberkeit und Sicherheit gewährleistet sowie Grünflächen ausgebaut werden, etwa durch Renaturierung, Entsiegelung und Neupflanzung von Bäumen, um lebenswerte Innenstädte zu schaffen.

7 Gesundheitsversorgung

7.1 Pflege im Alter sichern und bezahlbar gestalten

Die Bürgerinnen und Bürger sehen Herausforderungen vor dem Hintergrund des demografischen Wandels. Sie empfehlen, ausreichend Pflegeplätze bereitzustellen, die Pflege durch Angehörige zu Hause zu unterstützen und die Finanzierbarkeit der Pflege zu sichern.

7.2 Ärztliche Versorgung im ländlichen Raum sichern

Die Bürgerinnen und Bürger weisen darauf hin, dass der Ärztemangel, besonders im ländlichen Raum, spürbar ist. Zu wenige Praxen führen zu langen Wartezeiten. Dies betrifft auch die Versorgung mit Kinderärztinnen und Kinderärzten.

Sie empfehlen daher die Schaffung von Anreizen für Niederlassungen von Ärztinnen und Ärzten (zum Beispiel durch eine höhere Landarztquote), die Bildung von größeren gesundheitlichen Versorgungszentren, mobilen Versorgungsangeboten sowie wohnortnahen, leicht zugänglichen medizinischen Beratungsangeboten.



7.3 Zugang zur Gesundheitsversorgung vor Ort sichern

Die Bürgerinnen und Bürger sorgen sich um die stationäre Gesundheitsversorgung. Die Zusammenlegung und Schließung von Krankenhäusern oder bestimmter Fachabteilungen (zum Beispiel Geburtshilfe) führt aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger zu längeren Wegen für Patientinnen und Patienten und zur Verschlechterung der Versorgung – auch im Notfall. Bei Entscheidungen sollte daher nicht nur die Wirtschaftlichkeit, sondern auch die Daseinsvorsorge stärker berücksichtigt werden.

Zur besseren Gestaltung der Gesundheitsvorsorge vor Ort empfehlen die Bürgerinnen und Bürger, effiziente Terminvergabe ohne Privilegien für Privatversicherte, kürzere Wartezeiten durch bessere Praxisorganisation und beschleunigte Einführung funktionierender Digitalisierungslösungen.

Zudem fordern sie, Prävention insbesondere bezüglich chronischer Krankheiten auszubauen und psychische Gesundheit zu fördern. Eine bedarfsgerechte Versorgung (inklusive Therapieplätze und Frühförderung) sowie kultursensible Medizin – besonders für Kinder, Migrantinnen und Migranten und ältere Menschen – soll gewährleistet sein.



8 Bürgerbeteiligung stärken

8.1 Bürgerentscheide

Die Bürgerinnen und Bürger wollen in politische Entscheidungsprozesse einbezogen werden und mittels Bürgerentscheiden stärker mitbestimmen. Hierzu sollen die Hürden für die Umsetzung geprüft werden.

Bei Bürgerentscheiden muss im Vorfeld sachlich und umfänglich informiert werden, damit die Stimmabgabe auf verlässlicher Grundlage erfolgt.

8.2 Bürgerbefragungen

Die Politik soll besser darüber informiert sein, was Bürgerinnen und Bürger bewegt und wie sie zu bestimmten Themen stehen.

Dabei können niedrigschwellige Befragungen helfen. Diese sollen sowohl online als auch vor Ort, zum Beispiel auf der Straße, durchgeführt werden.

Über einfache Beteiligungsangebote im öffentlichen Raum können auch Menschen erreicht werden, die sich nicht über Apps oder Websites beteiligen würden. Auf Befragungen soll auch in Gemeindeblättern hingewiesen werden.

8.3 Einbindung der Bürgerschaft über bessere Informationsweitergabe

Die Bürgerinnen und Bürger möchten regelmäßig über politische Entwicklungen informiert werden, also darüber, welche Maßnahmen bereits umgesetzt wurden und welche noch geplant sind.

Dafür sollen verschiedene Kanäle genutzt werden, zum Beispiel Informationsveranstaltungen, Gemeindeboten, Social-Media-Kanäle. Wichtig ist, dass Informationen verständlich formuliert und frühzeitig bereitgestellt werden.

Eine gemeinsame und unabhängige Informationsgrundlage ist entscheidend für eine gute Kommunikation zwischen Bürgerschaft und Politik.

8.4 Beteiligung fängt in der Gemeinde an

Die Bürgerinnen und Bürger wünschen sich mehr Beteiligung und Austausch mit der Politik auf kommunaler Ebene.

Dauerhafte Formate wie Bürgersprechstunden und Gemeinderatssitzungen sollen wieder stärker belebt werden. Ergänzend können Bürgerrunden, Stammtische und quartiersbezogene Beteiligungsformate angeboten werden.

Die Bürgermeisterin oder der Bürgermeister nimmt dabei aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger eine zentrale Rolle ein.

8.5 Ständiges Bürgergremium

Die Bürgerinnen und Bürger sollen dauerhaft an der Strukturwandelpolitik beteiligt werden. Dafür empfehlen sie die Einrichtung eines festen Gremiums aus Bürgerinnen und Bürgern.

Die Zusammensetzung des Gremiums soll in regelmäßigen Abständen wechseln.

Das Gremium soll die wissenschaftliche Fachberatung der Politik ergänzen und deshalb in politische Abläufe integriert sein.

8.6 Ausbau digitaler Beteiligungsmöglichkeiten

Über ein Online-Portal können ein größerer Teil der Bürgerschaft erreicht und Beteiligungsangebote bei Bedarf schnell umgesetzt werden.

Auf dem Portal können Bürgerinnen und Bürger unkompliziert Themen einbringen und Probleme melden, zum Beispiel über einen digitalen „Kummerkasten“.

8.7 Bürgerräte

Die Bürgerinnen und Bürger möchten in Bürgerräten zusammenkommen, um ihre Ideen zu entwickeln und zu vertiefen. Die Ergebnisse sollen in Kleingruppen erarbeitet werden. Sowohl die Gesamtveranstaltung als auch die Arbeit in den Kleingruppen sollen moderiert werden.

Außerdem wird empfohlen, Bürgerinnen und Bürger an der Auswahl der Themen zu beteiligen.

9 Gestaltung von Bürgerbeteiligung

9.1 Frühzeitig und regelmäßig

Bürgerbeteiligung soll frühzeitig beginnen und Menschen von Anfang an in wichtige Prozesse einbeziehen – nicht erst dann, wenn Probleme sich bereits abzeichnen. Sie soll regelmäßig stattfinden und als verlässlicher und vertrauenswürdiger Bestandteil des Austauschs zwischen Bürgerschaft, Politik und Verwaltung etabliert werden, mit wiederkehrenden und planbaren Angeboten.

Gleichzeitig soll Beteiligung flexibel gestaltet sein: Neben langfristigen Angeboten braucht es auch Möglichkeiten, sich punktuell zu einzelnen Themen einzubringen. Je nach Thema und Kontext sollen digitale, hybride oder vor-Ort-Formate stattfinden. Wichtig ist, ausreichend Zeit für Austausch und Diskussion einzuplanen.

9.2 Unparteiisch und faktenbasiert

Damit die Bürgerinnen und Bürger informierte Entscheidungen treffen können, wird empfohlen, vorab eine verständliche und ausreichende Wissensgrundlage zu schaffen.

Gegenseitige Offenheit ist hierfür zentral. Die Beteiligung soll dabei über Parteigrenzen hinweg erfolgen und nicht parteipolitischen Interessen dienen.

Die Bürgerinnen und Bürger empfehlen, Bürgerbeteiligung unabhängig, faktenbasiert und parteiunabhängig durchzuführen. Entscheidungsprozesse sollen transparent und nachvollziehbar sein, während gleichzeitig Desinformation und Einfluss von Lobbyismus minimiert werden.

9.3 Vielfältig und inklusiv

Bürgerbeteiligung muss so gestaltet sein, dass sie die Vielfalt der Gesellschaft widerspiegelt und möglichst viele Menschen anspricht. Dabei sollen unterschiedliche Lebensrealitäten und Bedürfnisse berücksichtigt werden – etwa von verschiedenen Altersgruppen oder sozialen Hintergründen. Es soll eine vertrauensvolle Atmosphäre geschaffen werden, in der sich alle ernst genommen fühlen und auf Augenhöhe beteiligen können.

Besonders wichtig ist es, junge Menschen, Menschen mit Migrationsgeschichte und bislang wenig beteiligte Gruppen einzubeziehen, um allen eine Chance zur Mitwirkung zu geben.

Menschen, die von politischen Entscheidungen unmittelbar betroffen sind, sollen gezielt angesprochen werden.

Zugangsbarrieren sind abzubauen und Beteiligungsangebote niedrigschwellig zu gestalten.

9.4 Zugänglich und lebensnah

Vorhandene Beteiligungsmöglichkeiten müssen noch viel stärker und aktiver bekannt gemacht werden.

Beteiligung soll an den Lebensalltag der Menschen anknüpfen, zur Mitwirkung ermutigen, begeistern und den Austausch zwischen Generationen fördern. Dazu gehört auch, Menschen direkt in ihrem Alltag anzusprechen, Beteiligung zeitlich und räumlich zugänglich zu gestalten und Beteiligungsangebote dorthin zu bringen, wo sich die Menschen ohnehin aufhalten. So können auch Menschen mit unterschiedlichen Voraussetzungen, etwa hinsichtlich Zeit, Sprache oder Wissen, teilnehmen.

10 Umgang mit den Ergebnissen von Bürgerbeteiligungen

Ergebnisse von Beteiligung sollen sichtbar veröffentlicht, verbindlich aufgegriffen und transparent geprüft werden. Bürgerinnen und Bürger wollen nachvollziehen können, woher Vorschläge kommen, was mit den Beiträgen geschieht und wie diese weiterverarbeitet werden.

Folgende Punkte sind hierfür wichtig:

- Klare Rückmeldung zum Umgang mit den Ergebnissen (Wie geht es weiter? Was passiert wann mit den Ergebnissen?)
- Systematische Prüfung der Ergebnisse der Beteiligung durch Personen mit entsprechender Fachkompetenz sowie Priorisierung der Maßnahmen für die Umsetzung.
- Monitoring: Der Stand der Umsetzung oder Bearbeitung muss dokumentiert und Bürgerinnen und Bürgern regelmäßig bereitgestellt werden. Konkret werden folgende Maßnahmen vorgeschlagen: Mithilfe eines Ampelsystems soll transparent gemacht werden, ob eine Idee umgesetzt wurde (grün), sich noch in Prüfung befindet (gelb) oder nicht umgesetzt werden kann (rot). Die Prüfung der Umsetzbarkeit soll sorgfältig und anhand nachvollziehbarer Kriterien erfolgen, zum Beispiel in finanzieller und rechtlicher Hinsicht.
- Ergebnisse und ihre Wirkung sollen aktiv über diverse Kanäle verbreitet werden.
- Benennung einer festen Ansprechperson für den Beteiligungsprozess und den Umgang mit den Ergebnissen.

Impressum

Herausgegeben von:

Staatskanzlei des Saarlandes

Am Ludwigsplatz 14
66117 Saarbrücken

Projektteam:

Dr. Frank Nägele
Stephan Schweitzer
Dr. Alexander Brehm
Dr. Florian Finkbeiner
Dr. Elke Schwarz

E-Mail: b2@staatskanzlei.saarland.de

Tel.: +49 (681) 501 81143

Weitere Informationen zum Strukturwandel
im Saarland und zum Beteiligungsprozess
der saarländischen Landesregierung finden
Sie hier:



Bildquellen:

Staatskanzlei des Saarlandes

Foto der Ministerpräsidentin Anke Rehlinger – Jennifer Weyland